

## Von der Schule verwiesen

Schülerprotest an der  
Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule 1988

### Arbeitsblatt 3

Ausweitung des Skandals

Wegen ihrer Kritik an der Militärparade zum Gründungstag der DDR (7. Oktober) und einer Unterschriftensammlung gegen die Parade werden vier Schüler von der Schule verwiesen. Ein Schüler wird außerdem wegen seiner Parteinahme für die freie polnische Gewerkschaft Solidarność an eine andere Schule versetzt.

Lesen Sie aufmerksam die vom BStU (Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen) gestempelten Dokumente und bearbeiten Sie die Arbeitsaufträge.

Sie können die Dokumente und Fragen in Ihrer Gruppe aufteilen.



### Arbeitsaufträge

#### A. Dokumente BStU 000001, 2, 3, 4, 5, 6

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) unterstützt die Bestrafungen der Schüler.

- Schildern Sie die Schritte, die laut FDJ unternommen wurden, um die Schüler zur „Einsicht“ zu bewegen.
- Vergleichen Sie, wie die FDJ die Diskussionsfreiheit an Schulen charakterisiert (BStU 000003) und wie sie die Bestrafung der Schüler begründet.
- Beurteilen Sie den „staatsfeindlichen“ Charakter der zitierten Äußerungen der Schüler.
- Welche Zukunftsperspektive nennt die FDJ für die von der Schule verwiesenen Schüler?

#### B. Dokumente BStU 000001, 2, 6, 77, 78

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) berichtet über eine Andacht in der Zionskirchgemeinde.

- Was unternimmt das MfS, um die Andacht zu stören bzw. zu verhindern? Beachten Sie den zeitlichen Ablauf am Abend des 28. Oktober 1988.
- Den Bericht des MfS (BStU 000006) hat der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke

persönlich unterzeichnet. Überlegen Sie, warum „die Information wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme“ bestimmt ist.

- Wie hat sich der Kreis der Protestierenden bis Januar 1989 erweitert?

#### C. Dokumente BStU 000022, 23

Einer der Urheber des DDR-kritischen Plakats und der Protestaktion Unterschriften, Philipp Lengsfeld gibt dem westdeutschen TV-Magazin „Kennzeichen D“ ein Interview.

- Geben Sie die wesentlichen Inhalte wieder.
- Was antwortet Philipp auf die Frage, ob er das alles nochmal machen würde?
- Bewerten Sie seine Antwort.

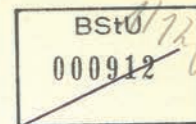
#### D. Dokumente 000054, 55

- Wie schildert das westdeutsche Wochenmagazin „DER SPIEGEL“ rückblickend die Vorkommnisse an der Schule?
- Vergleichen Sie die im Artikel geschilderten Erinnerungen der Lehrer mit dem damals angefertigten Bericht des IM „Ilona“ über die Reaktionen im Lehrerkollegium (BStU 000019).

### Präsentation

Tauschen Sie untereinander Ihre Erkenntnisse aus und erarbeiten Sie anschließend für Ihre Mitschülerinnen und Mitschüler eine gemeinsame Präsentation. Es steht Ihnen frei, dafür eine Wandzeitung, einen Vortrag, ein Rollenspiel, einen Comic, Grafiken oder andere Illustrationen anzufertigen.

Für Ihre Präsentation haben Sie 10 Minuten Zeit.



# FREIE DEUTSCHE JUGEND-ZENTRALRAT

I. SEKRETÄR

*fem*

Alle

Mitglieder des Sekretariats  
des Zentralrats der FDJ

1. Sekretäre der Bezirksleitungen  
der FDJ

*MfS*

Liebe Genossen!

In Ergänzung meiner Information in der Beratung am 10. 11. 1988 übergebe ich Euch ein Material, das ebenfalls die Bezirksschulräte erhielten. Es nimmt zu den tatsächlichen Vorgängen an der Carl-von-Ossietsky-EOS in Berlin Stellung.

Dieses Material ist in der politischen Diskussion zu verwenden, um vor allen Dingen auf die EOS gerichtete Angriffe zurückzuweisen.

Ich bitte Dich, dafür zu sorgen, daß der politischen Befähigung und Anleitung der FDJ-Sekretäre der EOS eine besondere Aufmerksamkeit beigemessen wird.

F r e u n d s c h a f t

*Eberhard Aurich*

Berlin, 28. November 1988

Eberhard Aurich

Anlage

BStU  
000913

Zu pädagogischen Maßnahmen an der EOS "Carl von Ossietzky"  
Berlin- Pankow

Die Situation wird durch folgende Sachverhalte charakterisiert:  
Am 26. 9. 1988 beschloß der laut Schulordnung bestehende Pädagogische Rat einstimmig, die Schüler

BStU  
000002

Kai Feller  
Katja Ihle  
Philipp Lengsfeld  
Benjamin Lindner

auf Vorschlag des Direktors mit Schulstrafen zur Verantwortung zu ziehen und mit sofortiger Wirkung vom Unterricht zu beurlauben sowie die Relegierung zu beantragen und die Schüler

\_\_\_\_\_ und  
Achim Weide

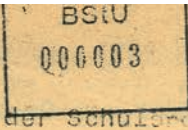
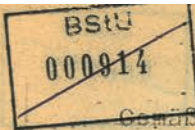
in eine andere EOS umzuschulen und die Schüler

\_\_\_\_\_ und  
Achim Krüger

mit einem Verweis vor dem Schulkollektiv durch den Direktor zu bestrafen.

Der gewählte Elternbeirat hat am 28. 9. 1988 einstimmig entschieden, daß die getroffenen pädagogischen Maßnahmen angemessen und gerechtfertigt sind.





Gemäß der Schulordnung wurde die gewählte Grundorganisationsleitung der Freien Deutschen Jugend angehört. Unabhängig von den staatlicherseits an der Schule getroffenen pädagogischen Maßnahmen schlug die Grundorganisationsleitung der FDJ-Mitgliederversammlung vor, unter Bezug auf das Statut der Freien Deutschen Jugend die FDJ-Mitglieder Feller, Ihle, Lengsfeld und Lindner aus dem Verband auszuschließen.

Welche Gründe führten zur Entscheidung des Pädagogischen Rates?

An der Carl-von-Ossietzky-Oberschule gab es wie an allen Schulen eine sehr offene, lebhaft diskutierte Diskussion zu allen die jungen Leute bewegenden politischen Fragen. In dieser Diskussion haben viele Schüler ihre Fragen und Meinungen geäußert. Mit großer Geduld haben die Pädagogen der Schule die jungen Leute zum Nachdenken über das politische Geschehen angeregt und mit größter Toleranz auch jene Schüler behandelt, die immer wieder in sehr uneinsichtiger Weise Positionen vertraten und propagierten, die nicht nur von politischer Unreife zeugten, sondern die auch jede staatsbürgerliche Disziplin vermissen ließen.

Durch die Sammlung von Unterschriften versuchten sie, Unruhe zu stiften. Dies wurde den Schülern nicht unterstellt, sondern von ihnen selbst erklärt, indem sie äußerten, daß sie mit ihren Aktionen politische Wirkungen erzielen wollten und es ihnen nicht in erster Linie um die Klärung ihrer Fragen in der politischen Diskussion ginge.

Es gab bereits seit Anfang September, mit Benjamin Lindner bereits im vergangenen Schuljahr, viele Gespräche mit den Schülern. Die Pädagogen wurden unterstützt vom Jugendverband, von Eltern und gesellschaftlichen Kräften (Stattfinden von Jugendforen, Gesprächen, kollektiven Aussprachen usw.)

Es entstand eine Situation an der Schule, die die ehrlich arbeitenden Pädagogen und die absolut überwiegende Mehrzahl der Schüler die die Zeit nutzen müssen und nutzen wollen, diszipliniert zu lernen, ernsthaft störte.



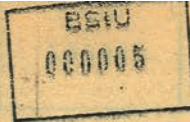
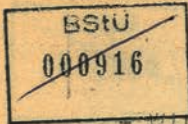
BStU  
000004

BStU  
000915

Nachdem die Schüler Feller, Lindner, Ihle und Legsfeld eine nicht genehmigte Unterschriftensammlung anlässlich des Nationalfeiertages der DDR organisierten, die Schüler Lindner und Weide öffentlich einen Artikel verbreiteten, in dem sie die Machtbeteiligung von "Solidarnoc" und anderer oppositioneller Kräfte in der Volksrepublik Polen forderten, fanden erneut Aussprachen mit den Schülern statt mit der Zielstellung, politische Fragen zu klären. In den persönlichen Gesprächen waren einige Schüler nicht bereit, eine sachliche politische Diskussion zu führen. Es mußte festgestellt werden, daß diese Schüler feststehende Meinungen vertreten und sie sich nachweisbar zum Ziel gesetzt hatten, Verwirrung bei anderen zu stiften. So äußerten sich einige der Schüler, für die Schulstrafen ausgesprochen werden mußten, folgendermaßen:

- Wir stehen voll zu unseren Aktionen, um das Nachdenken weiter zu bewegen.
- Wir fordern die Realisierung von mehr Menschlichkeit, Versammlungsfreiheit, Pluralismus in der Presse, das Austragen von Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit.
- Unsere Gesetze haben "Hintertüren" zur Durchsetzung der Macht des Staates und für willkürliche Auslegungen.
- Unser Volk ist ein Volk der "Ja-Sager". Die Menschen fliehen in Ersatzhandlungen. Konsumenten macht sich breit. Desinteresse, Gleichgültigkeit greifen immer mehr um sich, das ist auch an der Schule ( ).
- Die DDR ist starr und unbeweglich im Vergleich zur Sowjetunion, zu Ungarn, zu Polen. Es ist Zeit, daß sich auch bei uns etwas bewegt.
- Wir sind bereit, für unsere Auffassungen zu kämpfen, es geht nicht um Diskussionen von Problemen und Klärung von Fragen, sondern darum, Wirkungen zu erreichen.





- Wir brauchen unsere NVA, sind aber gegen die Demonstration von Waffen und Macht.

- Wir sind der Meinung, daß nicht genug gegen neofaschistische Tendenzen getan wird.

Entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften (Schulordnung) wurden die genannten Schulstrafen ausgesprochen.

Die Schüler haben sich nun auch in Widerspruch gebracht zur Aufnahmeordnung für die Abiturstufe, in der es im § 2, Abs. 2, u.ä. heißt: In die erweiterte Oberschule werden Schüler aufgenommen ..., die sich durch Leistungsfähigkeit und Bereitschaft sowie politisch-moralische und charakterliche Reife auszeichnen, ihre Verbundenheit mit der DDR durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität bewiesen haben.

Bei dieser Ordnung handelt es sich nicht um eine Ordnung für die obligatorische Schule, sondern für eine spezielle Bildungsstufe, auf deren Besuch kein Anspruch besteht.

Die pädagogischen Maßnahmen an der EOS "Carl von Ossietzky" hat der Direktor unter Beachtung aller rechtlichen Bestimmungen und gestützt auf die demokratischen Organe an der Schule korrekt durchgeführt. Entsprechend der Ordnung hat der Stadtbezirksschulrat diese Maßnahmen bestätigt. Diese wurden vom Bezirksschulrat auf ihre Rechtmäßigkeit hin geprüft und in Kraft gesetzt.

Relegierungen werden in Ausnahmefällen ausgesprochen.

Eingaben, die in dieser Angelegenheit an das Ministerium für Volksbildung gerichtet wurden, soweit sie die Personen betrafen, die erziehungsberechtigt oder -verpflichtet sind, wurden wie immer in solchen Fällen von einer ständig existierenden Kommission auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft und die Angemessenheit der Schulstrafen und ihre Rechtmäßigkeit festgestellt.



BStU  
000000

BStU  
000917

Von den Pädagogen wurde viel Kraft und Zeit darauf verwendet, die Eltern bzw. die Erziehungsbeauftragten (z. B. die Großeltern von Kai Feller) für eine gemeinsame Einflußnahme zu gewinnen. Die Bereitschaft dafür war allerdings unterschiedlich.

Die Eltern von [REDACTED], die Schülerin **Gabriele Conopke** [REDACTED] und des Schülers **Achim Krüger** [REDACTED] kamen zu einer realen und kritischen Wertung des Verhaltens ihrer Kinder und unterstützen die Maßnahmen der Schule. Beispielsweise hat Genosse von Chamier in langen Gesprächen die Tochter zu ersten Einsichten und Konsequenzen geführt.

Es wurde sehr verantwortungsbewußt geprüft, welche pädagogischen Maßnahmen im Interesse der Hinführung jedes einzelnen auf eine positive Entwicklung erforderlich sind. Es wurden deshalb differenzierte Schulstrafen ausgesprochen.

Auf Grund ihres uneinsichtigen, provokativen Auftretens mußte bei Kai Feller, Benjamin Lindner, Philipp Lengsfeld und Katja Ihle die höchste Schulstrafe, die Relegierung angewendet werden. Sie zeigen derzeit nicht die politisch-moralische Reife, die erweiterte Oberschule zu besuchen. Diese Schüler erhalten die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, der gute Voraussetzungen für die von ihnen bisher angestrebten Studienrichtungen schafft. Das gibt ihnen die Chance, sich in der beruflichen Ausbildung fachlich und gesellschaftlich zu bewähren.

Für **Sebastian Weide** [REDACTED] und für **Gabriele Conopke** [REDACTED] wurde als Schulstrafe eine Umschulung in eine andere erweiterte Oberschule vorgenommen. **Gabriele** setzt ihre Hochschulvorbereitung ohne Unterbrechung inzwischen an der EOS "A. v. Humboldt" fort. **Sebastian Weide** [REDACTED] hat die Ausbildung an der EOS "M. Planck" noch nicht aufgenommen - es liegt eine Krankschreibung vor.

Die Schüler **Achim Krüger** [REDACTED] und [REDACTED] erhielten einen Verweis.

# Informationsandacht

Information erhalten auch die Gen. Herrmann, Hager, Krenz, Jarowinsky, Schabowski, Bellmann und Löffler

## MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4011  
BSU

000001

Streng geheim!  
Um Rückgabe wird gebeten!

Nr. 465 / 88

Berlin, den

29. X. 88  
YJA  
Blatt  
" 8  
Anlage  
Exemplar

1. Hon
2. Herr
3. Mag
4. Kre
5. Jaro
6. Schab
7. Bell
8. Löff
9. Mithig
10. Nei
11. Schw
12. HA I/Tr.
13. HA IX/Tr.
14. HA XX/Tr.
15. BV Blm/Tr.
16. Ca
17. HA XX/14
18. Min
19. HA XX/1AKG
20. Tausch
21. ZhG/Tr.
22. Hdt. vertriebt 10.11.88

## INFORMATION

über

die Durchführung einer sogenannten Informationsandacht im Jugendraum der Zionskirchgemeinde Berlin

Am 28. Oktober 1988 fand in der Zeit von 18.00 Uhr bis 19.15 Uhr im Jugendraum der Zionskirchgemeinde eine sogenannte Informationsandacht im Zusammenhang mit den bekannten Vorkommnissen an der EOS "Carl von Ossietzky" in Berlin-Pankow statt.

An der Veranstaltung nahmen ca. 180 Personen teil. Dabei handelte es sich mehrheitlich um Vertreter kirchlicher Basisgruppen. Unter den Teilnehmern befanden sich die hinlänglich bekannten Personen [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] Manuela Weide sowie [REDACTED] und die Pfarrer Hülsemann, Passauer und Simon.

Des weiteren waren die relegierten Schüler Philipp Lengsfeld, Benjamin Lindner und der an eine andere EOS verwiesene Paul-Shenja Wiens anwesend.



MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

7  
BSIU  
000002

Entsprechend zentraler Festlegungen wurden am 28. Oktober 1988 die Organisatoren bzw. Personen, die auf der Veranstaltung auftreten wollten, [REDACTED]

[REDACTED] kurzfristig zugeführt, um sie an der Teilnahme an der Veranstaltung zu hindern und die Hintergründe aufzuklären.

Im Verlauf der gemäß § 95 StPO durchgeführten Befragungen bestritten die zugeführten Personen eine aktive Beteiligung an der Vorbereitung der Veranstaltung. Klein bestätigte jedoch, den Text der "Einladung" (Wortlaut siehe Anlage 1) für die "Informationsandacht" verfaßt zu haben. Bei [REDACTED] wurden der Text einer maschinenschriftlich gefertigten "Erklärung der Initiative für Frieden und Menschenrechte" (Wortlaut siehe Anlage 2) sowie ein gedruckter Text mit der Überschrift "Mitglieder der Initiative für Frieden und Menschenrechte fordern die öffentliche Auseinandersetzung mit der Ausreiseproblematik und ihren Ursachen" sichergestellt.

(Dieser Text enthält eine Aufforderung an "Ausreisewillige", insgesamt 17 Fragen zu den Gründen ihres Ausreiseantrages zu beantworten. Die Erhebungen sollen laut Text dem Ziel dienen, die Ursachen für Ausreiseanträge zu "erforschen" und auf dieser Grundlage eine "Öffentlichkeit in der DDR herzustellen".)

Die Inhalte der "Einladung" und der "Erklärung" enthalten teilweise Angriffe gegen die staatlichen Entscheidungen.

Die [REDACTED] führte 6 Exemplare eines vervielfältigten vierseitigen Textes mit der Überschrift "Kurze Darstellung der Ereignisse in der EOS "Carl von Ossietzky" mit sich. (Wortlaut siehe Anlage 3)

Nach Abschluß der Befragungen wurden die zugeführten Personen zur strikten Einhaltung der Gesetzlichkeit aufgefordert und belehrt. Danach erfolgte im Zeitraum von 21.15 Uhr bis 22.00 Uhr zeitlich gestaffelt ihre Entlassung. Die Verdachtsprüfungshandlungen werden weitergeführt.

## MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSU  
000006

Analoge Gespräche sollten durch den Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Hauptstadt der DDR für Inneres mit [REDACTED] und Generalsuperintendent Krusche und durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Stadtbezirks Berlin-Mitte mit dem zuständigen Superintendenten und dem geschäftsführenden Pfarrer der Zionskirchgemeinde durchgeführt werden.

In allen Gesprächen ist die Disziplinierung von Pfarrer Simon, der die politisch-negativen Entwicklungstendenzen seiner Kirchengemeinde und in dessen Umfeld begünstigt, unter Berufung auf ein bereits erfolgtes Gespräch zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Generalsuperintendent Krusche nachhaltig zu verlangen. Darüber hinaus ist zu fordern, daß keine Wiederholung einer derartigen Veranstaltung stattfindet.

Es wird geprüft, inwieweit gegenüber [REDACTED] rechtliche Sanktionen eingeleitet werden können.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

*Mielke*



Hauptabteilung XX / 8

Berlin, 6.1.1989

*Gr. h. v. K.  
Pudolipke R.  
Eddel S.  
Schlotz*

BStU

000077

I n f o r m a t i o n  
über Schreiben und Eingaben an das Ministerium für  
Volksbildung der DDR im Zusammenhang mit den Vorkommnissen  
an der EOS "Carl von Ossietzky"  
(Ergänzung zur Information vom 19.12.1988)

Durch das Ministerium für Volksbildung wurden dem MfS weitere 25 Schreiben/Eingaben ausgehändigt, die sich auf die Vorkommnisse an der EOS "Carl von Ossietzky" beziehen. Die Gesamtanzahl beläuft sich somit auf 80 Schreiben/Eingaben, die von 342 Personen bzw. Familien aus der DDR unterzeichnet worden sind.

48 Schreiben/Eingaben wurden von Einzelpersonen verfaßt und 23 enthielten die Unterschriften mehrerer Personen bzw. gaben vor, die Auffassungen einer größeren Anzahl von Personen auszudrücken.

Entsprechend dem gegenwärtigen Stand der Identifizierung der Personen handelt es sich bei dem überwiegenden Teil um Personen, die der evangelischen Kirche zugehörig bzw. verbunden sind.

Bei einer größeren Anzahl der Personen handelt es sich um Antragsteller auf ständige Ausreise in die BRD bzw. nach Westberlin, die sowohl als Einzelpersonen als auch in Gruppen auftreten.

Von bisher 60 überprüften Eingabenverfassern bzw. angegebener Kontaktpersonen, die vorgeben, die Auffassungen einer größeren Anzahl von Personen auszudrücken, sind 42 Personen aktiv erfaßt und bereits in der Vergangenheit mit ähnlichen Aktivitäten operativ in Erscheinung getreten.

Bisher wurden durch folgende evangelische Kirchgemeinden Schreiben/ Eingaben verfaßt:

- Seelsorgekreis Innerer Frieden, Zachäus-Gemeinde Berlin
- Friedenskreis der evangelischen Kirchgemeinde Prohlis/Dresden
- Junge Gemeinde der evangelischen Kirchgemeinde "Heinrich Grubner" Hohenschönhausen/Nord
- Evangelische Studentengemeinde Halle
- Evangelische/Lutherisches Pfarramt Kitlitz

BStU  
000078

2

- Umfeldbibliothek der Basisgemeinde Christus im Kirchenkreis Halle
- Vorbereitungskurs der Nachtgebete beim evangelischen Kirchenkreis Halle
- Bund der evangelischen Kirchen in der DDR, Kommission kirchliche Jugendarbeit.

Darüber hinaus treten in Einzelfällen Mediziner (14 Personen) und Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz mit Schreiben/Eingaben auf, unter denen sich u. a. zwei Angehörige der IPPNW befinden.

Ein Schreiben wurde anonym (Leipzig) und ein Schreiben pseudonym (Berlin) verfaßt.

Territoriale Schwerpunkte bilden:

Berlin	34
Dresden	6
Brandenburg	5
Jena	4
Potsdam	3
Wismar	3
Halle	3
Stendal	2

Aus den Orten Dresden, Forst, Großbreitenbach, Henningsdorf, Leipzig, Müncheberg, Putilitz, Seifhennersdorf, Teterow und Weimar liegt jeweils ein Schreiben vor.

Aus der BRD und Westberlin meldeten folgende Organisationen/Einrichtungen

- Internationale Liga für Menschenrechte
- Pax Christi - Internat. Katholische Friedensbewegung BRD
- Kreisverband der Grünen, Düsseldorf
- Bezirksverband Kreuzberg - GEW Berlin/West
- AG Friedenszentrum Trier/BRD
- AL für Demokratie und Umweltschutz Berlin/West, BVV Kreuzberg

sowie zwei Einzelpersonen und eine Schulklasse ihren Protest an.



Als Anregung zum Nachdenken hängten die Schüler ein Gedicht ans schwarze Brett des "Speakerscorner" -  
Quelle die "Volksarmee":

Du meine

Ich denk noch an einst  
an sonnigen Tagen  
hab stolz dich  
übern Bach getragen ...

Was anmutet wie das Liebesgedicht eines Soldaten an die Braut, entpuppt sich erst in der letzten  
Zeile als obzöne Waffenverherrlichung, als Ode an das Schnellfeuergewehr Kalaschnikow,

... und lieg ich bei dir  
zur Mondesnacht  
dein Anblick  
mich ganz sicher macht.  
Ich weiß warum  
ich kenn dein Wie  
du,  
Kalaschnikow-MPi.

Als dann aber noch 37 Schüler den Artikel gegen die Militärparade unterschrieben, begann die  
Schule und der Staat ein Kesseltreiben. Ergebnis: Vier Schuilverweise.

Philipp Leengsfeld :

"Ja das entscheidene an dem Gespräch war, daß die Atmosphäre sehr gespannt war. Alle Erwachsenen  
redeten heftig auf mich ein. Ich wurde dann immer gefragt und wurde dann auch häufig unterbrochen  
und der Ton war nicht gerade freundlich. Eine Frau, die mir nicht vorgestellt wurde, versuchte mich  
dreimal zu provozieren mit Fragen. Ale dahingehend, was ich alles an der DDR schlecht finde und so.  
Auf diesem Niveau versuchte sie mich zu provozieren."

Frage: Was wurde denn da konkret vorgeworfen?

"Ja das ich den Schülern Meinungen aufzwingen wollte, das das alles genau geplant war, das eine  
Gruppe existiert hat und das die Teilnahme an der Demonstration eine Provokation gewesen wäre."

██████████ Mutter des Philipp Leengsfeld :

"Es hat vier Wochen gegeben in denen dieser Fall der Öffentlichkeit praktisch nicht bekannt war. Die  
Behörden der DDR haben aber diese Zeit verstreichen lassen, ohne diesen Fall positiv zu entscheiden."

BSU  
00022

Auf dem Weg zu einer Protestveranstaltung unter dem Dach der Kirche. Woche für Woche versuchen so engagierte Bürger, Freunde und Angehörige der Schüler die Rücknahme der Schulverweise zu erreichen. Von Philipp, Benjamin, Katja und Kai. Die hier kommen, wollen nicht hinnehmen, daß die Schulen der DDR Untertanenfabriken sind, wie es in einem Flugblatt heißt. Deutliche Wort kommen auch von Vertretern des DDR-Kirchenbundes. Die Westberliner Alternativsendung "Radio Glasnost" sorgte für deren Verbreitung.

Manfred Stolpe, Stellv. Vorsitzender des DDR-Kirchenrates:

"Die Betroffenheit kommt keineswegs nur aus Gruppen, die für gesellschaftliche Prozesse besonders wach sind. Diese Betroffenheit geht bis tief in die Kerngemeinden hinein. Viele fühlen sich erinnert an Zeiten, die über 30 Jahre zurückliegen, weil sie meinen, hier sind unverhältnismäßig hart Entscheidungen getroffen worden."

Günter Krusche, Generalsuperintendent der ev. Kirche Berlin-Brandenburg:

"Die Gleichgültigkeit ist auch allemal der Gegensatz zu Frieden und Versöhnung. Unentschiedenheit macht uns mitschuldig, wenn Unheil droht. Und deshalb, meine Lieben Freunde, können wir jetzt nicht so tun, als ginge es uns nichts an, wenn an einer bislang als fortschrittlich bekannten erweiterten Oberschule in sektiererischer Enge Schüler gemäßregelt wurden, nur weil sie offen und rückhaltlos und auch ungeschützt, wie das nur Jugendliche können, Ängste und Befürchtungen ausgesprochen haben."

Zwischen der Carl-von-Ossietsky-Schule Pankow und Cambrigde/England liegen Welten. Trotzdem führt eine Verbindung von Ost-Berlin hierher. Für [REDACTED] und ihren Sohn Philipp. Sie mußte nach Verhaftung und Verurteilung die DDR für ein Jahr verlassen. Studium in England oder Knast in der DDR war ihre Alternative. Ihr Sohn Philipp hätte mitgedurft, er wollte bleiben. Aber dann kam der Schulverweis und er reiste zu seiner Mutter. Hier in England hoffen jetzt beide auf eine gutes Ende in der DDR, das für Philipp Abitur an der Carl-von-Ossietsky-Oberschule heißt.

Frage: Würden sie das alles noch mal machen?

Philipp Laengsfeld:

"Nein, nicht also, ja es ist schwierig, aber ich habe allgemein immer gesagt und ich glaube, das ist auch das einzig mögliche was man da sagen kann. Wenn ich also gewußt hätte, an welchem Punkt wir da die imaginäre Grenze überschritten haben, dann hätte ich sie nicht überschritten, denn ich finde, es ist zu früh für unsere Wesen diesen Konflikt auszustreiten, vom Alter her. Ich bereue nicht, weil ich die Vorwürfe auch absurd finde und so, finde ich nicht, daß wir etwas falsch gemacht haben, aber dadurch das die Reaktion so heftig war und wenn ich gewußt hätte, daß das so heftig gewesen wäre, aber hätte ich es nicht gemacht."

BSStU  
50023



„Der Spiegel“ Nr. 47  
20. 11. 89

Jugend

## Sensible Themen

BSU  
000054

Ein Jahr nach dem Rausschmiß von sechs Schülern einer Ost-Berliner Schule berichtete das DDR-Fernsehen über die Hintergründe.

**D**ie DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker und der verantwortliche Staatssekretär sind nicht mehr im Amt, die Schulinspektorin zeigt sich betroffen, der Direktor der Ost-Berliner „Carl von Ossietzky“-Oberschule empört sich. Ein Jahr nach dem Rausschmiß von sechs Ost-Berliner Schülern schieben sich die Verantwortlichen gegenseitig die Schuld für die Vorgänge zu. Was aber wurde aus ihren Opfern?

Die beiden DDR-Journalisten Klaus Flemming und Dieter Herrmann fanden fünf der gefeuerten Schüler „nicht in der Schule, aber im Lande“. Mit ihrer Hilfe rekonstruierten sie in der Fernsehreportage „Ein Rausschmiß – und nun?“ einen „bedrückenden Fall von Machtmißbrauch“ – einen von vielen.

Es begann am 12. September vorigen Jahres in der „Speaker's Corner“ (SPIEGEL 44/1988). Am Schwarzen Brett ging es um die polnische Gewerkschaft Solidarność und den Sinn von Militärparaden in der DDR. Das waren, so die Filmautoren, „damals besonders sensible Themen“. Die Forderung nach einem Verzicht auf die alljährliche Ost-Berliner Militärparade unterschrieben 37 Schüler, bevor Direktor Rainer Forner die Aktion kurzerhand beendete.

Als kurz darauf ein Gedicht aus der Zeitung *Volksarmee* am Aushang auftauchte, in dem ein Soldat seine Liebe zu einer Kalaschnikow-MPI pries: („Ich



Gefeuerte Schüler Feller, Ihle: „Völlig in die Enge gedrängt“



BSU  
000055

DDR

streif mit dir zur Mondesnacht, dein Anblick mich ganz sicher macht“), griff der Machtapparat zu. Vier Schüler wurden relegiert, zwei andere zwangsversetzt.

„Zur Zuspitzung kam es“, so der aus der elften Klasse relegierte Kai Feller, „weil wir das Gedicht mit einer Lehrformel versehen hatten: Ein Gedicht, „das uns zum Nachdenken angeregt hat.“

„Schon am nächsten Tag“, so die Jugendlichen, „wurden wir zu Verhören in das Büro des Direktors geholt“, wo sich Parteisekretäre, Lehrer und der Schulleiter versammelt hatten. „Es war eine Situation“, erzählt die aus der elften Klasse relegierte Katja Ihle, „wo man sich völlig in die Enge gedrängt fühlte“; man wollte „Gesinnungen prüfen“.

Die Jugendlichen wurden gefragt, wie sie zur DDR stünden und ob sie nicht ausreisen wollten. „Was sollte man darauf antworten?“, fragen die Schüler heute. „Jedes Wort“, so Kai, „konnte mir im Munde rumgedreht werden, was ja später auch passiert ist.“ Und Katja berichtet, sie sei später mit Aussagen aus dem Gesprächsprotokoll konfrontiert worden, die sie so nicht gemacht habe.

Tatsächlich, so die Autoren, hätten Schulinspektoren, FDJ-Vertreter und Direktor bei diesen – laut Schulakte – „vertrauensvollen Gesprächen“ versucht, „den ersten Schritt abzuschirmen“: den FDJ-Ausschluß der Jugendlichen. Und der ließ nicht lange auf sich warten.

Schon wenige Tage später kam es zu sogenannten Ausschlußsitzungen in den Klassen. Anwesend waren auch hier wieder Vertreter der FDJ, der Schulinspektion und Direktor Forner, der aus den Gesprächsprotokollen zitierte, ohne daß die Betroffenen sie jemals gesehen hatten. Der Vorwurf: „Antisozialistische Plattformbildung im Blauhemd“. Vor der Abstimmung, so Kai, habe der Schulleiter noch einmal gewarnt: „Sie wollen doch alle ein Abitur machen.“ Auf den Einwand einer Mitschülerin, sie wolle erst einmal selbst mit den Betroffenen sprechen, ergänzt Katja, „hat der vom Zentralrat gesagt, wir wollen aber eine schnelle Entscheidung“.

Und die gab es dann auch. Katja und Kai wurden mit nur wenigen Gegenstimmen von ihren Schulkollegen aus der FDJ ausgeschlossen. Anders erging es Benjamin Lindner aus der Zwölften, wo die „nötige Zweidrittelmehrheit“ für den Ausschluß nicht zustande kam.

Das Schnellverfahren des Parteiparates hatte einen Grund. Bereits vor den Versammlungen hatte die ehemalige Volksbildungsministerin Margot Honeker die Ausschluß-Urkunden unterschrieben, auch im FDJ-Zentralrat, so berichtet Kai, „war bekanntgegeben worden, wer von der Schule geflogen ist“.

Dieses Vorgehen bestätigt Jörg Richert vom FDJ-Zentralrat, der sich damals noch bei seinen Genossen für die Schüler



**Schuldirektor Forner**  
Allein gegen das Ministerium?



**Inspektorin Heidamke**  
„Ich warne dich“

einsetzte. Richert heute resigniert: „Es ging nur darum, einen Vorlauf“ für die Relegationen zu schaffen.

Und das gelang dem Staatsapparat ohne große Widerstände. Katjas Lehrerin, Petra Lange, resümiert die Treffen mit den Schulinspektoren: „Mir wurde erst im nachhinein klar, daß diese Gespräche nur benutzt wurden, um Material zu haben, das man gegen die Schüler ins Feld führen konnte.“ Gewundert habe sie sich allerdings darüber, daß unter Führung einer Frau Dr. Heidamke die Gespräche „fast in Verhören ausarteten, so daß Katja in Tränen ausbrach“.

Die Inspektorin verlangte von der Lehrerin, „daß du heute abend die Schüler dazu bringst, daß sie den FDJ-Ausschluß beschließen“. Als die Pädagogin sich weigerte, habe die Inspektorin gedroht: „Ich warne dich.“

Am 30. September 1988 wurde eine Schülervollversammlung einberufen. Wie zum Appell üblich, mußten sich die Schüler hufeisenförmig aufstellen. Der Direktor trat in die Mitte und, so Kai,

„verlas die Anklageschrift: Angriffe gegen die sozialistische Gesetzlichkeit, staatsfeindliche Aktivitäten, antisozialistisches Verhalten“. Jeder einzelne, so berichten die Schüler, habe mit gesenktem Haupt vortreten müssen und wurde aus der Aula gewiesen – „durch den Ausgang, raus auf die Straße“.

Die Lehrerin Lange berichtet ein Jahr danach, sie sei nach dem Appell in eine zwölfte Klasse gegangen. „Dann heulte ich, und dann weinte ein Teil der Schüler.“

Ihr Kollege Manfred Will rückblickend: „Wir gingen wie gelähmt in unsere Klassen. Aber die Ordnung war wiederhergestellt, es war gewissermaßen ein himmlischer Friede.“ Ein „pädagogischer Vandalismus“, aber, so der Pädagoge, „da oben sitzen Leute, die durchpeitschen, was von ihnen verlangt wird, oft kritiklos und bedenkenlos, und wir sind alle von ihnen abhängig“.

Hilflosigkeit auch beim immer noch amtierenden Schuldirektor Forner. Auf die Frage, ob das Geschehen hätte verhindert werden können, antwortet er: „Es hätte vielleicht passieren können, daß man den Direktor der Schule abberuft, es hätte passieren können, daß ich von selbst meine Funktion niederlege.“ Erst als dritte Alternative erwägt Forner: „Ich hätte auch versuchen können, die Schule in den Kampf zu führen“, aber: „Ein Direktor allein gegen das Ministerium für Volksbildung?“

Auch die Stadtschulrätin hält an alten Positionen fest. Erst Anfang dieses Monats erklärte sie: „Es war damals die einzige Möglichkeit, den normalen Schulablauf zu gewährleisten.“ Das jedoch mochte Forner nicht auf sich sitzen lassen und konterte: „Entgegen dem Vorhaben der Schule, wurden wir am 20. September 1988 angewiesen, die Situation zuzuspitzen und Entscheidungen zu beschleunigen.“ Schulinspektorin Heidamke weist die Kritik von sich: Der Appell sei nicht von ihr veranlaßt worden.

Die Täter sehen sich als Opfer, die Schuldfrage bleibt offen. Konsequenzen aus dem unmenschlichen Verhalten zog allein der beteiligte Staatssekretär im Volksbildungsministerium, Werner Lorenz. Er stellte sein Amt zur Verfügung. Und der amtierende Volksbildungsminister Günther Fuchs teilte mit: „Die Schüler werden rehabilitiert und können ab sofort ihre Ausbildung fortsetzen.“

Mit schönen Worten aber, das machten die betroffenen Schüler in Gesprächen mit den Journalisten jetzt deutlich, sei es nicht getan. Sie wollen rehabilitiert werden, aber, wie Georgie von Chamier sagt, nicht so, „daß es irgendwann mal in der Zeitung steht“. Es gehe auch nicht um Wiedergutmachung. Katja Ihle: „Was wir in einem Jahr an Krisen durchgemacht haben“, könne gar nicht wiedergutmacht werden. „Im Prinzip sind da ja wirklich Welten zusammengestürzt“. ◀



## **Impressum**

### **Herausgeber**

Bundesarchiv  
Stasi-Unterlagen-Archiv  
Referat VF 1 - Bildungsteam  
10106 Berlin  
E-Mail: bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

### **Redaktion**

Bettina Altendorf, Andreas Schiller

### **Layout**

Janet Domscheit

### **Angaben zur Quelle**

Die Recherchen in den Stasi-Unterlagen ergaben sowohl in den personenbezogenen Akten als auch in den Sachakten verschiedener Abteilungen der Zentralstelle des MfS Material zu den Vorgängen an der Carl-von-Ossietzky-Schule.

Aus folgenden Unterlagen des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs (BArch) wurden Dokumente verwendet:

BArch, MfS, AOP 1224/91  
BArch, MfS, HA XX 11017  
BArch, MfS, ZAIG 3708  
BArch, MfS, HA XX/9 10  
BArch, MfS, SED-KL 3657  
BArch, MfS, HA XX/9 171  
BArch, MfS, HA XX/AKG 6100  
BArch, MfS, ZOS 3280  
BArch, MfS, HA XX/AKG 1483  
BArch, MfS, HA IX 17077  
BArch, MfS, HA IX 2469

Zum Schutz des Persönlichkeitsrechts nach Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) sind die Namen Betroffener und Dritter sowie entsprechende Zeit- und Ortsangaben unkenntlich gemacht.

Alle im Text geänderten Namen sind frei erfunden.

Die Nutzung durch öffentliche Träger im Bereich historisch-politischer Bildung ist frei.

© Berlin, 2023